

M5.2 Debattierclub – Wer bestimmt im digitalen Raum? EU-Kompetenzen am Beispiel Digitalsteuer

Worum geht es?

Jede arbeitende Person in der Europäischen Union (EU) und Unternehmen, welche in der EU tätig sind, müssen Steuern bezahlen. Steuern werden für die Finanzierung staatlicher Aufgaben genutzt – vom Straßenbau zum Internetzugang, Förderung von Kulturangeboten zur Ausstattung von Krankenhäusern. Doch eine Gruppe bleibt oft außen vor: **Die Tech-Konzerne und Digitalunternehmen.**

Seit Jahren diskutieren die EU-Mitgliedstaaten darüber, wie eine faire Besteuerung von großen Firmen wie z.B. Amazon, Meta oder Google aussehen kann. Aktuell werden in der EU tätige Konzerne nämlich vor allem in dem Land besteuert, in dem der Konzern eine Betriebsstätte hat und nicht in allen Ländern, in denen der Konzern Einkünfte erzielt.

Das Problem

Digitalunternehmen sind nicht darauf angewiesen, in jedem Land, in dem sie verfügbar sind, eine Betriebsstätte zu haben. Sie können einfach über das Internet ihr Angebot verfügbar machen, enorme Gewinne erzielen und dabei die digitale Infrastruktur und die rechtsstaatlichen Strukturen der Länder nutzen, in denen sie abrufbar sind – ohne auch nur einen Euro an Steuern zahlen zu müssen. Wissenschaftler:innen gehen davon aus, dass die EU-Mitgliedstaaten mehrere Milliarden Euro mehr einnehmen würden, wenn Digitalfirmen in jedem EU-Land, in dem sie tätig sind, Steuern zahlen würden.

Aktuell zahlen Digitalkonzerne nur einmal in der EU Steuern und dabei meist geringe

Summen. So sind ihre Betriebsstätten in Ländern verankert, in denen die Steuern besonders niedrig sind. Viele sitzen etwa in Luxemburg oder Irland. Die EU möchte Nachhaltigkeit und Wohlstand auch in einer digitalen Zukunft sichern. Dazu sollte gehören, dass große Digitalunternehmen angemessene Steuern zahlen.

Lösungsansätze

EU-weit: Die EU will eine EU-weite Digitalsteuer einführen, die alle digitalen Umsätze, also Geschäfte mit Kundendaten, personalisierte Werbung oder das Betreiben von Online-Plattformen besteuert.

National: Einigen EU-Mitgliedstaaten dauerte dies zu lange. Sie führten nationale Digitalsteuern ein.

Global: Wieder andere argumentierten, dass es vor allem für digital-agierende Konzerne eine internationale Regelung brauche, schließlich sind die meisten Angebote in fast jedem Land der Welt verfügbar.

Eine Möglichkeit wäre eine globale Mindeststeuer: Diese bedeutet, dass ein Teil des Unternehmensgewinns nicht an der Betriebsstätte, sondern in dem Land, in dem der Gewinn erzielt wird, versteuert wird. Damit das in allen Ländern weltweit vergleichbar ist, soll global eine Mindeststeuer von 15 Prozent auf Gewinne gelten. Ob diese Regelung jedoch umsetzbar ist, bleibt fraglich: Aktuell blockieren etwa die USA die Verhandlungen. Auch welche Institution am Ende global alle Unternehmen im Blick haben kann und Strafen bei Nicht-Einhaltung in Auftrag gibt, ist noch unklar.

Die Frage des Debattierclubs: Soll die EU eine EU-weite Digitalsteuer einführen?

Um die folgende Debatte führen zu können, sollen an dieser Stelle ein paar Hintergrundinformationen gegeben werden. Weiterführende Recherchehilfen zu den einzelnen Argumenten findet ihr in **M5.4.**

Hintergrund 1: Kompetenzen der EU

Die EU hat in den verschiedenen Politikfeldern unterschiedliche Zuständigkeiten. Diese sind in den EU-Verträgen festgelegt. Entscheidend für die Verteilung der Zuständigkeiten ist, in welchen Politikfeldern die EU und in welchen die Mitgliedsstaaten den besseren Überblick haben.

Einige Themen sind **ausschließlich unter Zuständigkeit der EU**, das heißt die hier getroffenen Entscheidungen gelten EU-weit und können nicht durch die einzelnen Mitgliedsstaaten geändert werden. Die EU hat also von den Mitgliedsstaaten die Zuständigkeit zugewiesen bekommen, aktuelle Fragen in diesen Politikbereichen allein zu bearbeiten. Die meisten alleinigen Zuständigkeiten der EU haben die Mitgliedsstaaten mit dem Ziel festgelegt, die EU insgesamt wirtschaftlich zu stärken. In einem gemeinsamen Binnenmarkt ist es sinnvoll, für alle Mitglieder verbindliche Regelungen zu haben. So wird beispielsweise über die Zollunion oder die Währungspolitik der Euroländer zusammen und zentral entschieden.

Andere politische Themen fallen unter die sogenannte **geteilte Zuständigkeit**, das heißt die EU und die Mitgliedsstaaten entscheiden hier gemeinsam oder ergänzen sich. Meist beschließt die EU hier Mindeststandards, die dann in den Mitgliedsstaaten eingehalten werden müssen. Zu diesen Politikfeldern gehören beispielsweise die Energie-, die Umwelt- und die Verkehrspolitik. Mit welchen Mitteln diese Mindeststandards eingehalten werden,

bestimmen die Mitgliedsstaaten dann aber selbst.

Außerdem kann die EU **Unterstützung, Koordinierung oder Ergänzung von Maßnahmen** anbieten. In diesen Politikfeldern entscheiden dann allein die Mitgliedsstaaten, wie sie die Politik gestalten wollen. Diese Entscheidungen werden durch die EU unterstützt, beispielsweise indem die Union Geld bereitstellt, oder den Austausch und das gegenseitige Lernen organisiert. Beispiele sind die Bildungs- und Gesundheitspolitik sowie der Katastrophenschutz. Hier kann die EU keine zentralen Entscheidungen treffen, die für die Mitgliedsstaaten bindend sind. Die Maßnahmen sind sinnvoll angepasst und erhalten die Vielfalt in der EU.

Nützliche Links



Info-Seite der Europäischen Kommission:
EU – Was sie ist und was sie tut
(Kapitel 2)



Info-Seite der Europäischen Kommission:
Bereich der EU-Politik

Hintergrund 2: EU-Digital- & Steuerpolitik

Die Digitalpolitik der EU-Mitgliedstaaten wird größtenteils gemeinsam entschieden. Alle EU-Mitgliedstaaten haben sich auf Ziele in der Digitalpolitik bis zum Jahr 2023 verständigt.

Anders ist es bei dem Thema Steuern: Hier hat jeder EU-Mitgliedstaat seine ganz eigenen Regelungen. Über die Höhe der von den einzelnen Bürger:innen gezahlten Steuern entscheiden deren jeweilige nationale Regierungen, die auch beschließen, wofür die eingenommenen Steuergelder ausgegeben werden.

Beim Thema Digitalsteuer treffen nun zwei unterschiedlich geregelte Politikfelder zusammen: Die Digitalpolitik, bei der schon viele Aspekte gemeinsam entschieden werden, und das Politikfeld Steuern, das national geregelt wird.

Ablauf und Aufgaben

- (1) Lest gemeinsam in eurer Gruppe die Argumente-Karten. Wählt fünf Karten aus, die euch hilfreich erscheinen, um Argumente für eure Position (Pro oder Kontra) abzuleiten.
- (2) Teilt euch auf fünf Kleingruppen auf. Jede Kleingruppe erarbeitet ein Argument mit Hilfe einer Argument-Karte, formuliert es aus und schreibt es auf der Rückseite der Argumente-Karte oder auf einem extra Blatt auf.
- (3) Bestimmt die Redner:innen für die Debatte und notiert ihre Namen:

★ Eröffnungsstatement (2 Minuten):

★ 1. Argument (1 Minute):

★ 2. Argument (1 Minute):

★ 3. Argument (1 Minute):

★ 4. Argument (1 Minute):

★ 5. Argument (1 Minute):

★ Schlussplädoyer (2 Minuten):

Die übrigen Mitglieder eurer Gruppe sind Beobachter:innen der Debatte.

- (4) Wenn noch Zeit ist: Probt eure Debattenbeiträge und gebt euch gegenseitig Feedback.